

Beschluss der Kreissynode des Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid vom 26.04.2001

Kreissynode sieht - entgegen dem Vorschlag der Reformvorlage "Kirche mit Zukunft" folgende Gestaltungsräume in der Region als sinnvoll an:

- a) Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen
- b) Bochum, Gelsenkirchen und Wattenscheid, Herne.

Diese Kombination stellt sicher, dass die Kirchenkreise in ihrem jetzigen Zuschnitt erhalten bleiben und nicht auseinandergerissen werden.

Sie ordnet zudem Kirchenkreise einander zu, die in ihrer Bevölkerungsstruktur und den daraus resultierenden Herausforderungen Gemeinsamkeiten aufweisen, und die auf Zusammenarbeitserfahrungen zurückgreifen können.

Beide Gestaltungsräume sollen - um das politische Gewicht der gesamten Region zu unterstreichen und zu stärken - in Austausch und Zusammenarbeit miteinander verbunden bleiben.

Kreissynode beauftragt KSV, zur Herbstsynode 2001 erste Überlegungen vorzulegen, wie eine Zusammenarbeit im Gestaltungsraum Bochum - Gelsenkirchen und Wattenscheid Herne mittel- bis langfristig aussehen könnte, und welche Aufgabenstellungen weiterhin von der gesamten Region zu verfolgen sind.

An diesen Überlegungen sollen die entsprechenden Gremien (AG "Strukturen", Pfarrstellenstrukturausschuss und die Konferenz Kreiskirchlicher Dienste) beteiligt werden.

Einbringung zum Thema "Gestaltungsräume" (Superintendentin)

Liebe Schwestern und Brüder,
alle 22 Kirchengemeinden, 10 Ausschüsse, die hauptamtlich Mitarbeitenden, die Delegiertenversammlung der Jugendarbeit und die Pfarrkonferenz haben sich - oft in mehreren Sitzungen - intensiv mit der Reformvorlage beschäftigt. Sie haben das zum Teil widerwillig getan; in einzelnen Fällen spiegelt sich das in Ton und Stil der Voten wieder. Aber wie auch immer: Sie alle haben "Kirche mit Zukunft" durchbuchstabiert, angeregt, neugierig, offen auf der einen Seite, verärgert, ermüdet, ablehnend auf der anderen Seite. Die Fülle der Rückläufe, die es meines Wissens nach noch nie in diesem Umfang gegeben hat, gibt die breite Palette unterschiedlicher Einschätzungen und Befindlichkeiten wieder. Ich möchte Ihnen sehr herzlich dafür danken, dass Sie sich in dieser Ausführlichkeit auf die Beschäftigung mit der Reformvorlage eingelassen haben. Wir ziehen heute keinen Schlussstrich; die Themen der Reformvorlage werden uns weiter beschäftigen. Aber solch eine ausführliche Zwischenstation werden wir vermutlich so schnell nicht wieder haben.

Ich gehe nachher noch in einigen Sätzen auf ein paar allgemeine Trends in den Rückläufen ein und konzentriere mich jetzt auf das Stichwort "Gestaltungsräume":

Neun Kirchengemeinden und sieben Ausschüsse haben dazu rückgemeldet. Von den neun Kirchengemeinden sagen acht ein eindeutiges Ja zu der in der Beschlussvorlage genannten Konstellation

- a) Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen
- b) Bochum, Gelsenkirchen und Wattenscheid, Herne.

Hassel-Lukas stellt für die eigene Gemeinde fest, dass es viele gewachsene Verbindungen und Bezüge zu den Nord-Kirchenkreisen gibt. "Ein Gestaltungsraum Gelsenkirchen, der die Achse über Herne nach Süden hin verlängert, geht an den Lebensbedingungen in der Lukas-Kirchengemeinde vorbei."

Bei den Rückmeldungen aus den Ausschüssen wird deutlich, dass für die Kreiskirchlichen Dienste das Stichwort "Gestaltungsraum" sehr viel existentieller ist als für die Kirchengemeinden. Der Ausschuss für Berufskollegs, der Umweltausschuss und der Diakonieausschuss bestätigen die vorgeschlagenen Gestaltungsräume. Der Fachausschuss Frauen stellt grundsätzliche und kritische Anfragen, der Ausschuss für Industrie- und Gesellschaftsdiakonie äußert seine Sorge über den möglichen Verlust von Nähe zu den Menschen an der Basis, der Jugendausschuss will auch in einem Gestaltungsraum die Überschaubarkeit von Strukturen gewährleisten, der Soziale Friedensdienst äußert sich sehr grundsätzlich zur Bildung von Gestaltungsräumen und findet sie äußerst begrüßenswert.

Die Voten der Ausschüsse sowie viele Gespräche in der Konferenz der Kreiskirchlichen Dienste machen deutlich, dass ein Gestaltungsraum ein Gebilde ist, das nun wirklich auch gestaltet werden will. Deshalb haben in den letzten Monaten der Pfarrstellenstrukturausschuss und die Arbeitsgruppe "Strukturen" mehrfach gemeinsam getagt, um alle Kreiskirchlichen Dienste durchzugehen und erste Überlegungen dazu anzustellen, welche Arbeitsfelder zwingend in einem Kirchenkreis verortet bleiben müssen - und welche Arbeitsfelder es nahe legen, über Kooperationen mit benachbarten Kirchenkreisen nachzudenken. Wenn wir heute "unseren" Gestaltungsraum beschlossen haben, werden diese Überlegungen im Mai den KSV beschäftigen. Dessen Einschätzungen werden wir dann weitergeben an die Kreiskirchlichen Dienste und Synodalen Ausschüsse mit der Bitte, sich noch in diesem Sommer dazu zu verhalten. Ich hoffe, dass wir bis zur Herbstsynode soweit sein können,

Ihnen - in Absprache mit den anderen Kirchenkreisen - eine erste Übersicht darüber zu geben, was es in unserem Gestaltungsraum zu gestalten gibt.

Voten zur Reformvorlage - allgemeine Trends und Tendenzen (Superintendentin)

Ich mache meine Einbringung zu den Rückläufen insgesamt ganz kurz. Einiges habe ich zu Beginn der Synode schon angedeutet; im übrigen werden gleich die gesamte Themenpalette und die Reaktionen darauf differenziert entfaltet.

Es gibt vier deutliche Trends:

1. Die Kreiskirchlichen Dienste und Synodalen Ausschüsse haben einen anderen Blick auf die Reformvorlage als die Kirchengemeinden. Während die Kirchengemeinden der Reformvorlage überwiegend kritisch begegnen, sehen die Synodalen Ausschüsse hier und da durchaus - ich zitiere den Diakonieausschuss - "in der Reformvorlage einen wichtigen Beitrag für den Prozess einer Strukturreform, die den veränderten Rahmenbedingungen in Kirche und Gesellschaft Rechnung trägt." Auch ist mir beim Lesen aufgefallen, dass die Kirchengemeinden sich überwiegend an den einzelnen Themenbereichen entlang orientieren und sich dazu in Zustimmung oder Ablehnung verhalten, während die Ausschüsse auch fehlende Bereiche und Themenfelder benennen und sie zum Gegenstand ausführlichen Reflektierens machen. Ich sage das jetzt ganz ohne Wertung, stelle nur fest, dass die Ausschüsse den Umgang mit der Reformvorlage anders handhaben als die Kirchengemeinden.
2. Viel Übereinstimmung - auch von Seiten der Kirchengemeinden - gibt es mit der Analyse der Ausgangssituation. Sie scheint in vielen Gemeindegruppen Stoff für Diskussionen gewesen zu sein. Auch bei meinen Besuchen in den Presbyterien hatte ich den Eindruck, dass dieses zweite Kapitel "Ausgangssituation" für viele der griffigste und zugänglichste Teil der Reformvorlage ist.
3. Es gibt eine ganze Reihe von Gemeinden, die über der Diskussion zur Reformvorlage entweder ins Reflektieren über die eigene Gemeindesituation gekommen sind oder sich an frühere Reflektionen erinnert haben. Diese Erinnerungen und Reflektionen haben eine deutlich stärkende Funktion, weil sie mit der Einschätzung verbunden sind: "Wir können und tun doch eigentlich ganz viel." Sich dessen zu vergewissern, was an Kräften, Phantasien und Begabungen in den Gemeinden vorhanden ist und es noch mal auf den Punkt und zur Bündelung zu bringen, gehört nach dem, was ich gelesen und in Gesprächen wahrgenommen habe, zu den positiven Auswirkungen der Beschäftigung mit der Reformvorlage.
4. Die Kritik insgesamt an der Reformvorlage ist massiv. Sie bezieht sich vor allem auf die Sprache, das angebliche Fehlen von Theologie, die so empfundene Pfarrerschelte, die Missverständlichkeit des Begriffs "Mitgliederorientierung", die vermeintliche Diskrepanz zwischen der Empfehlung zu Zusammenschlüssen in größeren Räumen und gleichzeitiger Betonung der Nähe zu den Menschen.

Die Votes zur Reformvorlage beziehen sich vor allem auf sechs Themenschwerpunkte. Dazu hören wir jetzt sechs kurze Statements, die diese Rückläufe jeweils zusammenfassen.

Einbringung auf der Sondersynode zum Forum Größenordnung von Gemeinden/Kooperation/Fusion (Pfarrer Ernst Udo Metz)

Liebe Synodale,

Kooperation ja - Fusion aber entschieden nein - auf diesen Nenner kann man die Stellungnahmen bringen zur Frage, ob sich Gemeinden künftig zu größeren Verbänden zusammenschließen sollen.

Während vielerorts über vielfältige Formen der Zusammenarbeit und Vernetzung nachgedacht und auch schon etliche gemeindeübergreifende Projekte angestoßen worden sind, stößt die Vorstellung, nur bestimmte Größenordnungen von Gemeinden könnten eine zukunftsfähige kirchliche Arbeit garantieren, auf deutlichen Widerspruch. Im Gegensatz dazu werden fast durchweg die Chancen überschaubarer Gemeinden betont, in denen Verkündigung und Seelsorge im fußläufigen Bereich geschieht und die gewachsenen Bindungen der Menschen an die Ortskirche ernst genommen werden können. Eine umfassende Mobilität in der Wahrnehmung kirchlicher Angebote wird eher kritisch gesehen wie auch die Zentralisierungsbeispiele in der Wirtschaft, die inzwischen auch offenkundige Nachteile offenbaren.

Interessant ist nun dabei, dass das Anliegen, Menschen nahe zu sein auch für die Reformvorlage absolut zentral ist, dort aber zur Entscheidung führt, dies könne nur in weitergefassten Strukturen Erfolg versprechend angegangen werden. Offenbar ist also der Begriff der "Nähe zu den Menschen" wenig hilfreich, vielmehr interpretationsbedürftig, er versteht sich keinesfalls von selbst. Während in den Gemeinden nach natürlichen Begegnungen und Kontakten gefragt wird, die Begleitung sowohl im alltäglichen Leben als auch bei besonderen Lebensenschnitten mit Trost und Zuspruch möglich machen, stellt die Reformvorlage eher ein Interesse an fachlicher Beratung in unterschiedlichen Lebensbereichen und neu wahrgenommene Fragestellungen in den Mittelpunkt, auf die mit einem differenzierten Angebot eingegangen werden sollte. Das wirft die Frage auf, ob diese Nachfragesituation von der Basis ähnlich eingeschätzt wird wie auch die Notwendigkeit einer neuen kirchlichen Angebotspolitik mit ihrer grundsätzlichen Unterscheidung in sog. Grundangebote und differenzierte

Angebote, wie sie mit den Ausführungen zur Mitgliederorientierung in der Reformvorlage zwingend begründet werden soll. Andere Fragen hängen damit zusammen. Wie genau ist das Verhältnis vom Auftrag der Kirche und der an sie gestellten Erwartungshaltungen zu bestimmen? Soll man sich bei der Beschreibung kirchlicher Aufgabe an den (Geistes)-Gaben in den Gemeinden orientieren oder aber Menschen gemäß der wahrgenommenen Nachfragen qualifizieren? So wenig sich diese Alternativen gegenseitig ausschließen lassen, hat man dennoch den Eindruck, dass für die Zukunftsfähigkeit der Kirche die Reformvorlage der jeweils zweiten Alternative eine gewisse Priorität meint zusprechen zu müssen, während in den Gemeinden deutlich umgekehrt votiert wird. So ist zu fragen, ob sich hierin nicht nur ein nuancierter, sondern ein grundsätzlicher Widerspruch ergibt und wie er gelöst werden soll.

Auf diesem Hintergrund wird vielleicht auch die Sorge verständlich, die eine andere Aussage der Reformvorlage ausgelöst hat, nach der "die jetzige Organisationsform der synodalen-presbyterialen Ordnung überprüft werden" (S. 71) muss. Was um alles in der Welt ist damit gemeint? Sollen etwa die Entscheidungswege und -kompetenzen in unserer Kirche verändert werden? Man hat ja schon länger Klagen darüber gehört, dass die Beratungs- und Anhörungsprozesse einigen Maßgeblichen viel zu umständlich und langwierig sind. Obwohl eifrig Gegenteiliges versichert wird, bekommt das Misstrauen gegen eine Reform von oben hier immer wieder neue Nahrung. Die Reformvorlage jedenfalls schweigt sich an dieser Stelle aus und der Klärungsbedarf ist offenkundig.

Ein Letztes: Nicht unbedingt verwunderlich aber bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich in den Stellungnahmen der gemeinsamen Dienste an keiner Stelle Aussagen zur Größenordnung der Gemeinde finden lassen. Dabei ist es nach der Reformvorlage doch nahezu konstitutiv für die Zukunft der gemeinsamen Dienste, dass sie größere Gemeindegebilde brauchen, um sich darin mit ihrem differenzierten Angebot zu verorten. Bezeugt das Schweigen nun Skepsis oder will man sich nur bedeckt halten. Ich fände es schon wichtig, hier Einschätzung der Funktionsbereiche zu hören und sich über die Argumente auszutauschen.

Ich denke, damit ist genug Gesprächsbedarf für die Arbeitsgruppe 1 angemeldet. Vielleicht gelingt es ja sogar gerade in dieser Gruppe über einen allgemeinen Austausch hinauszukommen und der Landessynode wichtige Fragen zu Klärung aufzutragen.

Einbringung des Schwerpunktthemas "Mitgliederorientierung"

Hohe Synode, neben der Frage nach der Schaffung und Gliederung der Gestaltungsräume, hat der Themenbereich "Mitgliederorientierung", so wie er im 3. Kapitel der sog. "Reformvorlage" formuliert ist und im 7. Kapitel auch in einigen seinen Konsequenzen beschrieben wird, noch mit die meisten Diskussionen hier im Kirchenkreis ausgelöst. Anfangen von der Begrifflichkeit selbst, wo angefragt wurde, in wie weit überhaupt im kirchlichen Kontext von "Mitgliedern" die Rede sein kann, über die Kritik an den Bedeutungen des Begriffs, die ihm im Kontext einer marktorientierten Gesellschaft zu eigen sind (z.B. die Definition "das Mitglied als Kunde und König"), bis hin zu einer nachvollziehbar erfahrenen Kränkung, haupt- und nebenamtlich Tätigen, herauslesbar in der Orberbetonung der Defizite aktuell geleisteter kirchlicher Arbeit.

Dementsprechend hinterfragend präsentieren sich die Voten der Gemeinden und Dienste, die auf das Thema "Mitgliederorientierung" näher eingehen.

Gewürdigt wird zunächst die Feststellung der Reformvorlage, dass es vor allem der zugewandte persönliche Kontakt ermöglicht, den "Glauben im Gespräch zu halten" (S. 30). In diesem Sinne wird, ein Mehr an Mitgliederorientierung in der kirchlichen Praxis durchaus begrüßt. Das allerdings nur in sofern, als es sich dabei um das Bemühen handelt, kirchliche Strukturen und kirchliches Kommunikationsverhalten so zu gestalten, das sie nicht mehr ausschließlich kirchliche Binnensprache und parochiales Binnenleben kultivieren. Dass sie das, wie es die Vorlage benennt, sog. 'Gespräch auf Augenhöhe' (S. 30) ermöglichen. Dass sie eine 'Nähe', wie es die Voten formulieren, zu den Menschen in Person und Institution herzustellen vermögen, die ein Mehr an Wahrnehmung der Bedürfnisse sowohl der Glieder unserer Kirche, wie auch Außenstehender erreicht. Und dass sie neue Formen der Begegnung und der Lebensbegleitung zu schaffen in der Lage sind. Aufgeführte Beispiele benennen, dass dies durchaus im Blick und schon vielfach Realität in den gemeindlichen wie übergemeindlichen Diensten unseres Kirchenkreises ist.

Am Rande wäre allerdings schon hier anzufragen, ob diesem Bedürfnis nach einer "seelsorgerlichen Kirche", wie es die Vorlage an anderer Stelle benennt, Rechnung getragen wird, wenn zukünftig größere und damit anonymere Einheiten geschaffen und Pfarr- wie andere hauptamtliche Stellen weiter abgebaut werden sollen.

Der zentrale Kritikpunkt entfaltet sich hingegen an der Bewertung, das ein Mehr an Mitgliederorientierung vor allem bedeute, sich eben auch mehr und deutlicher an den Bedürfnissen der Menschen innerhalb und außerhalb von Kirche zu orientieren.

Wenn von einer verstärkten Wahrnehmung der Erwartungen von Menschen an die Kirche gesprochen wird, könne dies nicht gleichbedeutend damit sein, diesen Erwartungen auch in allem und jedem gerecht werden zu wollen. Die grundlegende Orientierung der Kirche ist nicht die auf ihre Mitglieder hin, sondern die auf Jesus Christus hin. So ist in Frage zu stellen, in wie weit eine Ziel- und Profilbestimmung kirchlichen Handelns sich in

erster Linie an den Befindlichkeiten der Menschen zu orientieren hat, oder ob nicht viel mehr zunächst aus dem Auftrag und dem Wesen der Kirche selbst, mit Blick auf Schrift und Bekenntnis, die Formulierung von Ziel- und Profilbestimmungen zu leisten sein müsste.

Die Forderung der Vorlage, alle religiös geprägten Einstellungen wahrnehmen und gleichermaßen respektieren zu sollen, tritt zwangsläufig in Konflikt mit einer theologisch verantwortbaren Rede über Gott und seinen Anspruch an die Menschen. Allerdings bleibt dieser Konflikt nicht unversöhnbar.

Die grundsätzliche Gleichbewertung der Mitgliedschaften, wie sie die Vorlage benennt, ist damit allerdings zunächst ebenfalls umstritten. Weitgehend wird sie als notwendige Öffnung des Blicks nach außen, insbesondere auf die kirchlich Randständigen begrüßt. Andererseits wird ihr auch widersprochen, da sie Unterschiede zwischen den Formen gelebten Christseins unzulässig nivelliere.

Ein letztes:

Die im Rahmen der Mitgliederorientierung geforderte Kooperation und Vernetzung kirchlicher Arbeitsfelder, sowie die Schaffung von Grundangeboten gegenüber differenzierten Angeboten wird als Impuls für die Gestaltung kirchlicher Arbeit positiv aufgenommen. Allerdings steht die Frage noch unbeantwortete aus, wie dieses Grundangebot auszusehen hat. Da auch die Reformvorlage hier dankbar wenig konkret wird, bleibt es Klärungsbedarf, u.a. auch wie sich Grundangebot und Differenzierungen letztlich zueinander verhalten.

Fazit: Ein Mehr an Mitgliederorientierung ja, aber ohne den geforderten Konsequenzen der sog. Reformvorlage zwangsläufig folgen zu müssen.

In wie weit ein Mehr an Mitgliederorientierung in der kirchlichen Arbeit hier vor Ort Gestalt gewinnt, dies bleibt somit weiterhin unserer Diskussion überlassen.

Einbringung zum Abschnitt Pfarrbild (Pfarrerin Katharina Blätgen)

Hohe Synode, ein Presbyterium hat den Versuch unternommen, die Äußerungen der Vorlage "Kirche mit Zukunft" zur "Reform des Pfarrbildes" in Kapitel 4, Abschnitt 3, für seine Gemeinde umzusetzen. Das liest sich dann so: der Pfarrer müsste (ich zitiere) "Karnevalsprinz von Günngfeld sein und sich ansonsten nach seinen Hobbies richten." (Zitat Ende)

Liebe Günngfelder, so geht das aber nicht. Vorher müssten Sie schon alle Karnevalsvereine von Wattenscheid zur Fusion bewegen, damit ein Pfarrer der Evangelischen Großgemeinde Wattenscheid dann auch der Karnevalsprinz aller Wattenscheider werden kann.

Dieses Gedankenspiel zeigt eines deutlich: die "Reform des Pfarrbildes" kann nicht isoliert betrachtet werden. Sie hängt ganz eng mit anderen Themen zusammen, am engsten mit denen, die meine beiden Vorredner eingebracht haben. Bei der "Reform des Pfarrbildes" geht es auch um Mitgliederorientierung und um die grundverschiedenen Auffassungen davon, wie eine kleiner werdende Kirche Nähe zu den Menschen herstellen kann.

Die Günngfelder schreiben selber, dass ihr Gedankenspiel bewusst überzeichnet ist. Diese Überzeichnung zeigt ein Stück von der Ratlosigkeit, die die Vorlage mit ihren Äußerungen zur "Reform des Pfarrbildes" vielfach hinterlassen hat.

Von den 34 Stellungnahmen zur Vorlage äußern sich lediglich 6 in einem eigenen Abschnitt zum Pfarrbild. In weiteren 7 finden sich einzelne Bemerkungen dazu.

Das heißt: 21 äußern sich gar nicht zum Pfarrbild. Es ist also entweder ein Thema, das wenig oder gar nicht unter den Nägeln brennt - oder die Vorlage ist in diesem Punkt eben nicht besonders hilfreich dabei, zu neuen Einsichten zu gelangen.

Die vorhandenen Stellungnahmen zur "Reform des Pfarrbildes" bestätigen eher letztere Vermutung. Ich beschränke mich bei der Auswertung auf die beiden Punkte, die am häufigsten genannt werden.

Viele Stellungnahmen, besonders diejenigen, die der "Reform des Pfarrbildes" einen eigenen Abschnitt gewidmet haben, setzen sich weniger mit den Pfarr-Visionen der Vorlage auseinander. Vielmehr wehren sie sich gegen die Urteile über die derzeit real existierenden Pfarrerinnen und Pfarrer. Diese Urteile werden als ungerecht, unzutreffend und abwertend bezeichnet. Das Presbyterium Erle spricht von einem (ich zitiere) "einseitig negativen Pfarrbild". Das Presbyterium Middelich sieht in der Vorlage (Zitat) "den Eindruck vermittelt, als sei die Antwort auf die Frage nach den Verursachern der 'Akzeptanzkrise' bereits klar". (Zitat Ende)

Noch wichtiger ist der zweite Punkt. Er kommt in nahezu allen Stellungnahmen der Presbyterien vor. Liebe Synodale, an diesem Punkt herrscht wirklich seltene Einmütigkeit. In unserem Kirchenkreis herrscht die Über-

zeugung, dass die Fusion von Gemeinden und der gleichzeitige Abbau von Pfarrstellen *eines* mit hundertprozentiger Sicherheit ganz bestimmt nicht bringt: mehr Nähe zu den Menschen.

Das ist jetzt irgendwie nicht mehr neu. Das haben Sie heute schon einmal gehört. Für meinen Part, nämlich die Stellungnahmen zur "Reform des Pfarrbildes" ist daran bemerkenswert: Die Anzahl der Pfarrerinnen und Pfarrer wird in einem unmittelbaren Verhältnis zur Nähe zu den Menschen gesehen. Das ist auch durchaus schlüssig: Sogar die Vorlage redet ja von der Schlüsselrolle der Pfarrerschaft.

Der Hineifuß dabei ist: die Vorlage hält an genau dieser Schlüsselrolle fest, schreibt sie sogar felsenfest, erfindet noch neue Kompetenzen für Pfarrerinnen und Pfarrer, deren Bedeutung ich im Wörterbuch nachschlagen muss - und will trotzdem die Krise - alle Krisen - der Kirche bewältigen mit deutlich weniger Pfarrerinnen und Pfarrern.

Ich möchte in der Arbeitsgruppe "Pfarrbild" nicht mehr über die Vorlage reden. Ich möchte mich mit Ihnen austauschen über alles Mögliche rund ums Pfarrbild. Zusammengefasst sollten wir reden über ein gutes altes, sehr lutherisches Thema. Es lautet "das Priestertum aller Gläubigen Traum und Wirklichkeit".

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Voten der Kirchengemeinden, Gremien und Ausschüsse des Kirchenkreises Gelsenkirchen und Watenscheid zum Thema "Leitungshandeln" (Karla Wessel)

I

Von den 32 abgegebenen Voten haben sich 15 ausdrücklich zum Thema Leitungshandeln geäußert. Dabei gibt es, trotz aller Unterschiede im Einzelnen, das immer wiederkehrende und eindeutige Votum:

Die presbyterial-synodale Ordnung unserer Kirche ist zu erhalten!

II

Manche Voten äußern großes **Misstrauen gegen die Gedanken der Reformvorlage**, weil sie

- den Verdacht hegen, die presbyterial-synodale Ordnung solle "ausgehebelt" oder gar "abgeschafft" werden;
- die Sprache (und den Geist) aus Management und new economy für nicht angemessen halten;
- den Gedanken der geistlichen Leitung vermissen.

III

Trotzdem sehen fast alle Voten zugleich **die Notwendigkeit, das Leitungshandeln in der Kirche zu verbessern**, denn

- Leitungsgremien sind zeitlich sehr belastet
- Leitungsgremien fehlen Informationen
- Presbyteriale Arbeit wird erschwert durch Kirchenordnungen, Verwaltungsvorschriften, Genehmigungsverfahren usw.
- Leitungsstrukturen sind unklar
- Mitarbeitende vermissen Beteiligungsmöglichkeiten
- In Personalplanung und -führung ist noch viel zu lernen
- Leitungspersonen müssen besser qualifiziert sein
- Persönliche Arbeits- und Laufbahngespräche fehlen
- Planung und Straffung von Arbeit tut dieser gut.

Lediglich Günnigfeld ist mit den gegenwärtigen Strukturen und Ordnungen vollauf zufrieden und sieht überhaupt keinen Verbesserungsbedarf.

Hinsichtlich einer **Überarbeitung und Verbesserung bestehender Leitungsstrukturen** werden folgende **Eckpunkte bzw. Fragen** benannt:

- Seelsorge und Leitung sind voneinander zu trennen.
- Leitende Personen müssen kompetent und qualifiziert sein; dazu gehört auch, dass es entsprechende Qualifizierungsmöglichkeiten gibt.
- Leitende Personen müssen von anderen Aufgaben entlastet werden.
- Gremien und Leitungspersonen brauchen klare Aufgabenbeschreibung und Aufgabenbegrenzung.
- Ausschüsse, Gremien usw. soll es nur dort geben, wo sie notwendig sind.
- Welches sind geeignete Instrumentarien zur Durchsetzung?
- Verhältnis und Kompetenzen zwischen Gremien und Leitungspersonen muss geklärt sein (z.B. die Kompetenzen von Presbyterien und Superintendentur im Blick auf die Pfarrerschaft und deren Arbeit).

- Die Pfarerschaft ist an der Entwicklung von Standards zur Qualitätssicherung der gemeindlichen, pfarramtlichen und seelsorgerlichen Arbeit zu beteiligen.
- Gleichstellung ist eine wesentliche Aufgabe für jede Leitung.
- Welche Rolle spielt das Verständnis einer Geistlichen Leitung?

Zu den Fragen der Besetzung, der Amtszeit und des Vorsitzes im Presbyterium votiert lediglich die Kirchengemeinde Erle, die eine Verkleinerung des Presbyteriums ablehnt, Sitz und Stimme der Gemeindepfarrerinnen erhalten will und die Mitgliedschaft der Hauptamtlichen ablehnt (aber deren Mitsprachemöglichkeit in Dienstgesprächen und Fachausschüssen verankern will).

Einbringung zum Stichwort "Ehrenamt". (Ullrich Engelsing)

Das Kapitel 4 der Vorlage handelt von Menschen, die in der Kirche arbeiten; der erste Abschnitt behandelt recht ausführlich die ehrenamtliche Arbeit. Kirchliches Leben ist ohne das Engagement von Ehrenamtlichen nicht denkbar, und wird es auch in Zukunft nicht sein. In der Vorlage wird dies so zusammengefasst: "Ehrenamtliche Arbeit ist in unserer Kirche erwünscht und muss hohe Anerkennung erfahren." (S.38), Zu diesem Abschnitt haben sich drei Kirchengemeinden und drei synodale Fachausschüsse geäußert. Deren Voten möchte ich so zusammenfassen: Die Vorlage beschreibt die richtige Richtung aber an manchen Stellen müssten die Vorstellungen noch präzisiert werden, und an manchen Stellen reichen die dargestellten Ideen nicht aus.

In nahezu allen Voten wird die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit thematisiert. Dankeschön Feiern, gottesdienstliche Einführungen und Verabschiedungen sind schon in vielen Gemeinden Praxis, dies kann aber auch noch ausgebaut werden.

Dass diese ehrenamtliche Arbeit wahrgenommen wird, dafür sollen auch die Nachweishefte dienen, die die Landeskirche herausgebracht hat. Manche Ehrenamtliche empfinden vielleicht das Führen dieser Hefte als zusätzliche Belastung. Aber an dieser Stelle muss auch gefragt werden, warum die Forderung nach Anrechnung von ehrenamtlicher Arbeit zur Berechnung von Rentenanwartschaften oder Arbeitslosengeld in der Vorlage nicht aufgenommen wird. Diese Forderung gibt es in der Diskussion um das Ehrenamt schon seit vielen Jahren.

Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit äußert sich auch darin, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Hierdurch werden Ehrenamtliche in ihren Kompetenzen ernst genommen. Zur Förderung ihrer Kompetenzen sollen die Ehrenamtlichen Fort- und Weiterbildungen besuchen, dieses käme dann der Qualität und ihrer Sicherung in allen Handlungsfeldern zugute. Aber, und diese Frage bleibt unbeantwortet: Wer soll das bezahlen? In Zeiten, in denen viele Etats zusammengestrichen und gekürzt werden, wirken diese Anregungen unrealistisch. Ähnliches gilt für die Forderung, Fahrtkosten, andere Auslagen und z. B. auch Betreuungskosten für Kinder, die während der ehrenamtlichen Arbeit anfallen, zu erstatten. Hier werden richtige Trends erkannt, dass nämlich das Verständnis von Ehrenamt sich gewandelt hat, und Ehrenamtlich heutzutage selbstbewusst diese Erstattung anfragen. aber werden dann nicht Versprechungen gemacht, die hinterher aus finanziellen Gründen nicht zu halten sind?

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Abgrenzung ehrenamtlicher von hauptamtlicher Arbeit in der Kirche. Die Vorlage schließt nicht aus, dass in den heutigen finanzknappen Zeiten manche Arbeit von Ehrenamtlichen übernommen wird, die früher von Hauptamtlichen geleistet wurde. Um hier nicht Ängste vor einem Arbeitsplatzabbau zu schüren, aber auch die Ehrenamtlichen vor Überforderung oder Ausnützung zu schätzen, ist es notwendig, dass beide Formen der kirchlichen Arbeit durch klare Profile beschrieben werden. Beide, Hauptamtliche und Ehrenamtliche, wissen dadurch, was sie tun sollen und was nicht. In manchen Bereichen, z. B. der Diakonie, ist es notwendig, auch bei ehrenamtlicher Arbeit einen gleichbleibend hohen Standard an Qualität und Verbindlichkeit gewährleisten. Auch dies wäre dann Bestandteil des Arbeitsprofils. Fatal wäre der Eindruck für das Klima und die Zusammenarbeit, dass in den finanzknappen Zeiten, ehrenamtliche Arbeit gefördert werden soll, um Hauptamtliche zu ersetzen.

Zum Profil gehört auch die christliche Grundüberzeugung, die in der Vorlage als Voraussetzung gefordert wird. Ist es nicht auch denkbar, dass bei ehrenamtlichen Mitarbeitern diese Überzeugung erst während der Arbeit wächst?

Ehrenamtliche Arbeit muss ein klares, deutlich erkennbares Profil bekommen, diese Klarheit fördert die Kommunikation mit den Hauptamtlichen und Pfarrern und die Freude an der Zusammenarbeit. Auf diese Weise bildet ehrenamtliche Arbeit einen wichtigen Baustein bei der Zukunftsgestaltung der Kirche.

Einbringung von Sinie Hammink, Vorsitzende der MAV des Gesamtverbandes und des Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Synodale,
Aus Zeitgründen direkt zur Sache:

Auf Seite 42 der Reformvorlage heißt es:

"Kirche lebt von der Mitarbeit aller ihrer Mitglieder und von der Vielfalt ihrer Gaben und Fähigkeiten. Das gilt auch für die Mitarbeit von hauptamtlich in der Kirche angestellten Frauen und Männern."

Bei knapper werdenden Finanzen sollen nun aber Ausgaben gespart werden. Die hauptamtlich Mitarbeitenden haben schnell erkannt, dass die Reformvorlage wohl größtenteils aus diesen Geld-Gründen entstanden ist. Dennoch war hier zum Thema hauptamtlich Mitarbeitende im Vergleich zu anderen Themen sehr wenig zu lesen.

Von Pfarrerin Klaus kam die Anregung zu unserem s.g. Werkstatt-Tag und diese Idee wurde von der Gleichstellungsbeauftragten Pfarrerin Röckemann und der MAV begeistert aufgenommen und umgesetzt. Eine gelungene Zusammenarbeit zwischen theologischen und nicht-theologischen Mitarbeitenden !

Die ca. 85 Teilnehmenden nutzten den Werkstatt-Tag, um selbst für Veränderungen einzutreten, die eigenen Kompetenzen und Qualitäten zu beschreiben und die Beteiligung am Veränderungsprozess unter bestimmten Bedingungen einzufordern. Die Ergebnisse sind schriftlich festgehalten und die Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes haben noch zusätzlich eine eigene Stellungnahme verfasst.

Zentrale Aussagen waren-

- Wir haben Angst
- Wir haben etwas anzubieten
- Jeder kann etwas
- Wir müssen wahrgenommen werden

In der Reformvorlage heißt es auf Seite 43:

"Auch bei strukturellen Veränderungen muss deshalb ein bestimmter Anteil hauptamtlichen Personals erhalten bleiben."

Dies drückt nicht gerade die besonders ausgeprägte Wertschätzung aus, die wir für uns erwarten dürfen. Wir möchten festhalten, dass die allermeisten von uns sich mit dem kirchlichen Arbeitsbereich identifizieren und sich aus diesem Grunde für einen kirchlichen Lohnleister entschieden haben.

Der Satz: "Kirche ist keine Firma" taucht mehrfach in Stellungnahmen auf. Vielleicht wäre es eher angebracht zu sagen- "Kirche ist auch eine Firma". Denn es ist ja notwendig, dass wir professionell arbeiten, nicht nur wenn es um den kirchlichen Verkündigungsauftrag geht, sondern auch, wenn es um Stellenpläne, Einstellungen, Abmahnungen und Kündigungen geht. Sogar in der "Buersche Zeitung" stand gestern dazu ein Artikel.

Auch bei der Pfarrrschaft hat die Reformvorlage Verunsicherung ausgelöst. Sonst wäre folgende Aussage aus der Stellungnahme der Pfarrkonferenz schwer verständlich. Dort heißt es nämlich unter anderem:

"Die Reformvorlage nimmt uns nicht in unserer großen Mehrheit als hochqualifizierte, engagierte Berufsgruppe wahr, die weit mehr leistet und leisten muss als andere kirchliche Beamte, Angestellte und Arbeitnehmer."

Hier wäre es wichtig, eine Sensibilität der Berufsgruppen für einander zu entwickeln, wie es im Beschluss Nr. 217 der Landessynode 1997 dazu heißt: "Für die Erfüllung dieser unterschiedlichen Aufgaben brauchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (mit je besonderen Kompetenzen), die sich gegenseitig respektieren und sich in ihrer Zusammenarbeit fördern und unterstützen...". (Anmerkung- hier sind unter Mitarbeiter auch die Pfarrer gemeint!).

Hervorheben möchte ich noch einen Punkt:

Bei der Personalplanung und -entwicklung für die hauptamtlich Mitarbeitenden bestehen bisher ungelöste Probleme. Auf Seite 44 der Reformvorlage heißt es:

"Die verschiedenen Ebenen und Gliederungen der Landeskirche müssen in Bezug auf einen innerkirchlichen Arbeitsmarkt strukturell so verbunden werden, dass die Kirche als ein einheitlicher Arbeitgeber auftritt!"

Die Realität sieht derzeit so aus, dass viele von uns bei kleineren rechtlich selbständigen Körperschaften angestellt sind und ein Stellenwechsel oft Nachteile mit sich bringt, da etwa bisherige Beschäftigungszeiten nicht angerechnet werden und erneute Kündigungszeiten entstehen. Umgekehrt haben Anstellungsträger oft gerade aus diesen Gründen Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeitende mit den gewünschten Qualifikationen zu gewinnen.

Es gilt also, innerhalb des Kirchenkreises eine derart verbesserte Struktur zu schaffen, die eine reibungsarme Personalplanung und -entwicklung mit Vorteilen für beide Seiten ermöglicht.

Für diesen System-Entwicklungsprozess möchten wir jetzt nachdrücklich unsere weitergehende Zusammenarbeit anbieten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.